DRUCKSACHE

Zeitung der CDU-Landtagsfraktion für Thüringen

WWW.DRUCKSACHE.INFO AUSGABE 9 · Juni 2018

Schulgesetz
Wie die Landesregierung kleinen Schulen an den Kragen geht
Seite 2

Familie
Wie eine junge Mutter das Netz an ihrem Alltag teilhaben lässt
Seite 3

Mohring trifft
Wo die Landfrauen Perspektiven für kleine Dörfer sehen
Seite 7

Arroganz der Macht

Demokratie braucht Regeln. Eine dieser eisernen Regeln ist, dass kein Landtag einen Haushalt ausschließlich für eine Zeitspanne beschließt, in dem längst ein neu gewähltes Parlament die Arbeit aufgenommen hat. Das entspricht schon deshalb der guten Ordnung, weil der Landeshaushalt das wichtigste Steuerungsinstrument einer Regierung ist: in Zahlen gegossene Politik.

Für Rot-Rot-Grün in Thüringen zählt das nicht. Bodo Ramelow und Genossen wollen noch im Sommer 2019 einen Landeshaushalt für 2020 beschließen. Der demokratische Schönheitsfehler: Dazwischen können Sie, die Bürgerinnen und Bürger Thüringens, jedoch einen neuen Landtag wählen. Ob die Wähler sich für andere Mehrheiten, eine andere Regierung und Politik entscheiden, will Rot-Rot-Grün offensichtlich ignorieren. Stellt sich die Frage nach dem Motiv. Das heuchlerische Argument der Ramelow-Regierung lautet: Wenn erst im November 2019 gewählt wird, kann 2020 keine Förderung fließen. Das ist verlogen. Denn würde die Landesregierung den Wahltermin für den nächsten Landtag wie üblich auf Anfang September 2019 ansetzen, bliebe ausreichend Zeit, eine neue Regierung zu bilden und einen Haushalt für 2020 zu verabschieden. Fakt ist, dass Rot-Rot-Grün sein politisches Leben mit einem späten Wahltermin verlängern möchte und unabhängig vom Wählervotum auch der nächsten Wahlperiode noch seinen Stempel aufdrücken will. Dass dafür im Novembernebel gewählt werden soll und Grundregeln eines ordentlichen demokratischen Umgangs über Bord geworfen werden, juckt in der Linkskoalition niemanden. Hauptsache im Amt. Auch so wird das Vertrauen in die Demokratie verspielt. Dieses Verhalten bezeichnet man als Arroganz der Macht.

Linke Asylpolitik: Alle rein, aber keiner wieder raus

„Wer nicht den Willen und die Kraft hat,
zwischen Flüchtlingen und illegaler Migration zu unterscheiden und politisch entsprechend zu handeln, der gibt Deutschland und seine Ordnung vorsätzlich preis.“

Christian Herrgott, migrationspolitischer Sprecher

Das Thüringen des Ministerpräsidenten Bodo Ramelow unterläuft seit Herbst 2015 alle Versuche, illegale Migration per Gesetz wirksam einzudämmen und den Flüchtlingsschutz auf die tatsächlich Schutzbedürftigen zu begrenzen. Diesen Vorwurf erhebt der migrations- und integrationspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Christian Herrgott. Ramelow hatte anlässlich des jüngsten Parteitags der LINKEN in Leipzig ausdrücklich begrüßt, dass seine Partei im Bundestag noch nie einer Verschärfung des Asylrechts zugestimmt hat. „Von dieser fatalen Einstellung wird leider auch die Politik Thüringens im Bund, vor allem im Bundesrat bestimmt. Das ist verantwortungslos“, sagt Herrgott.

Für den Abgeordneten ist es ein Skandal, wenn Ramelow fast regelmäßig darauf hinweist, dass jede Abschiebung für ihn eine menschliche Niederlage sei. „Wenn jemand abgeschoben wird, hat er keinen Anspruch auf Flüchtlingsschutz und geht trotzdem nicht freiwillig. Deshalb wird schlicht Recht durchgesetzt“, so Herrgott wörtlich. „Wer nicht den Willen und die Kraft hat, zwischen Flüchtlingen und illegaler Migration zu unterscheiden und politisch entsprechend zu handeln, der gibt Deutschland und seine Ordnung vorsätzlich preis“, ist der CDU-Politiker überzeugt. Bei der LINKEN sei dies Programm. Herrgott bezog sich dabei auf deren Beschluss vom 9. Juni, die Grenzen offen zu halten, weitere Fluchtgründe einzuführen und das Bleiberecht auszudehnen.

Die Bundesregierung und der Bundestag haben seit Oktober 2015 mehrere Gesetze auf den Weg gebracht, mit der Asylverfahren beschleunigt, Leistungen eingeschränkt und die Kontrolle des Flüchtlingszuzugs verbessert werden sollen. „Bei keinem der wesentlichen Gesetze hat das rot-rot-grüne Thüringen die Bundesregierung unterstützt. Wer Bodo Ramelow auf linken Parteitagen zuhört, der weiß warum“, sagte Herrgott. Zuletzt hat Thüringens Linkskoalition versucht, die Begrenzung des Familiennachzugs zu verhindern. „Würden Ramelow und die Seinen sich durchsetzen, hätten mehr als 250 000 vorübergehend Schutzberechtigte das Recht erhalten, ihre Familien nachzuholen“, verwies der Abgeordnete auf die Folgen einer derartigen Politik.

Aus der Fraktion

Geibert neuer Parlamentarischer Geschäftsführer

Die CDU-Fraktion hat einen neuen Parlamentarischen Geschäftsführer. Die Abgeordneten wählten einstimmig Jörg Geibert in diese Funktion, die sich als „Manager des parlamentarischen Alltagsgeschäfts“ beschreiben lässt. Der bisherige Amtsinhaber Volker Emde hatte aus persönlichen Gründen darum gebeten, von dieser Aufgabe entbunden zu werden. Emde wird im Tausch den Sitz Geiberts im Fraktionsvorstand sowie dessen Funktionen und Mitgliedschaften in den Ausschüssen und Gremien des Landtags übernehmen.

Angriffe auf Polizei

Dramatische Zahlen fördern die Anfragen des CDU-Polizeiexperten Raymond Walk an das Thüringer Innenministerium zu Tage. Demnach sind im vergangenen Jahr 106 Thüringer Polizisten im Einsatz verletzt worden. Die Zahl der Straftaten gegen Polizisten stieg von 2015 auf 2017 um ein Viertel auf rund 1200. Auch Brandanschläge auf Polizeifahrzeuge häufen sich. Diese zunehmend aggressivere Grundhaltung gegenüber den Beamten zeigt sich laut Walk auch in zahlreichen polizeifeindlichen Schmierereien in Thüringer Städten. Der CDU-Politiker ruft deshalb dazu auf, die Schriftzüge mit dem Kürzel ACAB (All Cops Are Bastards) an **graffiti@raymondwalk.de** zu melden, um die zuständigen Behörden informieren zu können.

Von der Schließung bedroht: Die Grundschule Ponitz

Foto: Wahlkreisbüro Simone Schulze

Schulgesetzentwurf: Schließungsprogramm für Förderzentren und kleine Schulen

Die Landesregierung nimmt Eltern Entscheidungsmöglichkeiten bei der Schulwahl und gefährdet zahlreiche kleinere Schulen auf dem Lande. Diesen Vorwurf erhebt der bildungspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Christian Tischner, mit Blick auf den von Rot-Rot-Grün vorgelegten Entwurf für ein neues Thüringer Schulgesetz. Es soll nach den Sommerferien im Landtag beraten werden. Während damit entscheidende Weichen falsch gestellt werden, versagt das Kabinett Bodo Ramelows gegenüber der entscheidenden schulpolitischen Herausforderung: den Unterrichtsaufall zu beheben und den Lehrernachwuchs zu sichern.

Die CDU-Fraktion wendet sich vor allem gegen das Vorhaben, langfristig alle Kinder mit besonderem Förderbedarf inklusiv zu unterrichten. Damit würden Förderzentren für Verhaltensauffällige und Lernschwache zu Schulen ohne Schüler. „Dafür gibt es weder bei Eltern, noch bei den Bürgern insgesamt Zustimmung. Die Union will Eltern Auswahlmöglichkeiten belassen, damit sie über die für ihre Kinder besten Bildungswege mit entscheiden können“, so Tischner. Kein Verständnis hat er für die vorgesehenen Mindestgrößen für Schulen und Klassen. „Was Rot-Rot-Grün plant, bringt in absehbarer Zeit zahllose Schulen vor allem im ländlichen Raum in Existenznot. Der wird damit ausgezehrt“, sagte der Bildungsexperte. Während die Ramelow-Regierung damit laut Tischner funktionierende Strukturen zerstört, versagt sie bei der Personalgewinnung für die Schulen kläglich. Nicht allein der Abgeordnete ist empört, „dass Rot-Rot-Grün nicht genug zu bieten gedenkt, um die Attraktivität des Lehrerberufs in Thüringen zu erhöhen“. Seit Monaten bemängelt die CDU-Fraktion etwa fehlende Aufstiegsmöglichkeiten. Jetzt seien Anreize wie Zulagen für Mangelfächer oder die Vergütung von Mehrarbeit durch das Bildungsministerium wieder verworfen worden. Der zwei Jahre diskutierte „Thüringen Plan Zukunft Schule“ ist für den Bildungspolitiker „im Wesentlichen heiße Luft. Die Enttäuschung vieler, die daran mitgewirkt haben, ist vorprogrammiert“, so Tischner.

Mama bloggt

Die Schwüle liegt schwer über den Straßen des Jenaer Damenviertels, drückt durch die geschlossenen Fenster der sanierten Bürgerhäuser. Wer kann, sucht Schutz unter den Bäumen des nahegelegenen Botanischen Gartens oder zwischen den Regalen des kleinen Bio-Supermarkts in der Zwätzengasse. Hier, wo die Studenten der nur einen Katzensprung entfernten Friedrich-Schiller-Universität in ihren WGs lernen, lachen und feiern, hier lebt Pauline. 22, verheiratet, Mutter. Und ein zart glimmender Stern am deutschen Bloggerhimmel.

Mit ihrem bis über beide Backen strahlenden Wilhelm auf dem Arm öffnet Pauline die Tür ihrer Altbauwohnung. Seine Versuche, vor den Augen der Besucher seine Hauptnahrungsquelle freizulegen, pariert Pauline mit Engelsgeduld. Das mit dem Interview muss jetzt auch mal so gehen, der Papa ist gerade auf der Arbeit in Erfurt. Richard, 30, macht einen Großteil der Fotos für den Bilder-Dienst Instagram, die jetzt auf einmal so viele sehen wollen. Ursprünglich sollten sie nur dazu dienen, Paulines fernab an der Ostsee lebende Verwandtschaft über Wilhelms Geburt auf dem Laufenden zu halten. Doch dieses eher übersichtliche Publikum hat sich längst erweitert. Wilhelm ist mittlerweile 14 Monate alt – und auf Instagram folgen Paulines Profil jetzt schon über 7.000 Nutzer.

Einzelne Bilder werden von mehr als 13.000 Leuten angesehen. Damit bleibt Pauline zwar noch weit hinter echten „Influencern“ – so nennt man in den Sozialen Medien Leute, die auf diversen Plattformen große Bekanntheit erlangen und mit ihren Bildern, Blog-Beiträgen oder Videos einen starken Einfluss auf die haben, die ihnen folgen. Doch seit sie vor einigen Monaten zusätzlich einen Blog schreibt, entwickelt sich eine enorme Dynamik.

Vielleicht liegt es daran, dass Pauline offensiv das abgibt, was nicht nur in hippen Bloggerkreisen als eher konservativ gilt: Ein klares Bekenntnis zu Ehe und Familie. Oft hört sie, dass sie sich sehr früh für den Rest ihres Lebens gebunden hat – „Willst du nicht noch warten, wer weiß, vielleicht kommt noch ein Besserer“. Doch Pauline wollte eigentlich schon immer früh heiraten: „Für mich ist es ein großer Unterschied, ob ich sage ‚mein Freund‘ oder ‚mein Mann‘.“

Als sie dann Richard kennenlernt, ist sie sich sicher. Warum? „Für mich ist Familie der Sinn des Lebens. Man sollte keine Angst davor haben, es gibt immer Höhen und Tiefen. Aber man lebt nur einmal, und Angst verbaut einem Vieles.“

Pauline ist überzeugt, dass beides geht: Familie und Erfolg im Beruf. „Warum werden Frauen gleich als Heimchen abgestempelt, nur weil sie gerne Mutter sind und auch mal mit Freude am Herd stehen?“, ärgert sie sich. Ihr Jura-Studium, das wegen Wilhelms Geburt noch bis zum Herbst pausieren wird, will sie auf jeden Fall abschließen – auch wenn sie nicht den frühestmöglichen Zeitpunkt für den Wiedereinstieg gewählt hat. „Für mich wäre es schade, Wilhelm schon jetzt in den Kindergarten zu geben, denn diese Zeit kommt nie wieder. Entscheiden muss das aber jeder für sich selbst – jede Familie funktioniert anders.“

Wenn es dann so weit ist, will sie Wilhelm möglichst früh abholen, um so viel Zeit mit ihm zu verbringen, wie es das Studium zulässt. Gelernt, sagt sie, wird dann halt abends. „Das ist der Vorteil daran, jung Mama zu sein – man ist belastbarer. Kind, Studieren, Kuchen backen – ich bin mir sicher, dass das alles gleichzeitig geht.“ Die Bloggerei zum Beruf zu machen, kann sie sich auch vorstellen – „aber erst nach dem Uni-Abschluss“.

Zuletzt fragten mehrfach Jenaer Fotografen wegen möglicher Shootings an. Die Zusammenarbeit mit einem deutschen YouTube-Star brachte viel Aufmerksamkeit und einige Agenturen, die bereit sind, für die Vorstellung der von ihnen vermarkteten Kinderwagen, Babytragen, Möbel oder Pflegeprodukte nicht wenig Geld zu zahlen, haben auch schon angeklopft. Pauline will deshalb jetzt ein Gewerbe anmelden – bei der Auswahl ihrer Kooperationspartner aber vorsichtig bleiben. „Ich will nur die Sachen annehmen, für die ich auch einstehen kann. Wenn mir ein Produkt nicht gefällt, dann schreibe ich nicht darüber.” Wenn sie nach einem Thema sucht, klopft sie ihren Alltag ab. Die Titel ihrer Blog-Beiträge lauten dann „Flugreisen mit Kind“ oder „Was muss in die Kliniktasche?“.

Die Schwüle drückt noch immer in das mittlerweile mit Spielzeug übersäte Wohnzimmer. Die zierliche 22-Jährige klappt ihr in die Jahre gekommenes Macbook zu und setzt sich mit Wilhelm auf die Couch, um zu stillen. Bis hierhin kaum mehr als ein leichtes Drängeln – kein Weinen, kein Schreien. Überträgt sich Paulines Entspanntheit auf ihr Kind? Sie zuckt mit den Achseln: „Richard und ich sind wahrscheinlich das genaue Gegenteil von Helikoptereltern, vielleicht spürt Wilhelm das. Ich will einfach nur zeigen, wie schön es ist, jung verheiratet und Mutter zu sein.” Auf die Anmerkung ihrer in Zingst lebenden Mutter, bei ihr wirke alles fast wie im Bilderbuch, hat Pauline auch keine Antwort. „Ich hab mir das ja selbst viel anstrengender vorgestellt. Wenn ich sagen würde: Mutter sein, das ist total anstrengend – das wäre eine Lüge.“

Von Felix Voigt

Paulines Blog im Internet:
https://paulinchen.blog

Ländlicher Raum

Mehr als die Hälfte der Thüringerinnen und Thüringer lebt im ländlichen Raum.

Die wirtschaftlichen Perspektiven und die Lebensqualität in den Dörfern und kleinen Städten stehen deshalb ganz oben auf der politischen Tagesordnung.

Christina Liebetrau,
Sprecherin für Infrastruktur der CDU-Landtagsfraktion

Die Landwirtschaft ist eine der wichtigsten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Säulen

auf dem Land, sie gibt für viele Menschen Arbeit und Auskommen. Wir wollen sie erhalten und ausbauen. Große Betriebe dürfen dabei nicht benachteiligt werden.

Marcus Malsch,
agrarpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion

„Heimat ist unsere Motivation“

Ein Gespräch über Landfrauen, das Leben und wirtschaftliche Perspektiven in Thüringens Dörfern im Rittergut München bei Bad Berka.

Video-Statements der beiden Gesprächspartner finden sie im Internet unter **www.drucksac**

Mohring trifft:

Angelika Geilert, die Vorsitzende des Thüringer Landfrauenverbands e.V.

Frau Geilert, das große Thema des Thüringer Landfrauenverbands ist die Zukunft des ländlichen Raumes, also unserer Dörfer und kleinen Städte. Alle wollen ihn stärken, doch die Abwanderung ist nicht gestoppt. Was muss geschehen?

Geilert: Die meisten Menschen hängen an ihren Dörfern. Doch man muss dort auch leben können. Wir sehen mit Sorge, dass die Verödung vieler Orte anhält. Zunächst geht es schlicht um Arbeitsplätze, die nur durch leistungsfähige Unternehmen entstehen. Junge Familien brauchen Kitas und Schulen. Vor allem müssen die Vereine und das Ehrenamt unterstützt werden. Wenn kein Arzt und kein Laden in der Nähe sind, sucht auch mancher anderswo sein Glück. Um den Zusammenhalt kümmern sich die Bürger dann schon selbst, auch die Thüringer Landfrauen.

Mohring: Der ländliche Raum ist Heimat, Wirtschafts- und Naturraum, und so umfassend muss er auch betrachtet werden. Es gibt die wirtschaftliche Seite, genauso gibt aber die starke Heimatbindung einen besonderen Zusammenhalt. „Vor Ort zu Hause“, so heißt eine der Veranstaltungsreihen meiner Fraktion. Genau das ist es. Deshalb setzen wir uns auch dafür ein, dass lebendige örtliche Gemeinschaften erhalten bleiben können. Und deshalb bin ich auch so froh, dass es uns gelungen ist, die von der Ramelow-Regierung geplante Zwangsgebietsreform abzuwenden.

Schauen wir zunächst auf die wirtschaftliche Seite. Die Land- und Ernährungswirtschaft gehört zu den großen Branchen in Thüringen...

Geilert: Wir Landfrauen setzen uns wie der Bauernverband dafür ein, dass das auch so bleibt. Was die Europäische Kommission gerade für die zukünftige Agrarförderung plant, ist nicht gut für die Betriebe und übrigens auch nicht für die Dörfer. Denn natürlich engagieren sich die Agrarbetriebe für ihre Orte.

Wo liegt das Problem?

Mohring: In Ostdeutschland sind die Landwirtschaftsbetriebe nun einmal größer. Die historischen Gründe sind bekannt. Wir wehren uns, dass die Direktzahlungen der Europäischen Union (EU) pro Hektar mit zunehmender Größe sinken und ab einer

bestimmten Größe ganz entfallen, also gekappt werden. Das lehnen wir strikt ab. Ich will den Blick aber auch noch auf ein anderes Thema lenken. Wirtschaft im ländlichen Raum ist nicht allein Landwirtschaft. Und ohne leistungsfähiges Internet geht nichts mehr. Rot-Rot-Grün hat beim Breitbandausbau Jahre verschenkt und Möglichkeiten nicht ausgeschöpft.

Geilert: Die Landwirtschaft braucht diese Verbindungen genauso. Das ist heute etwas ganz anderes als in der Zeit, als ich gelernt habe. Ein Trecker zum Beispiel ist heute ein High-Tech-Gerät. Da geht nichts mehr ohne Navigation. Und man kann andere Beispiele nennen.

Trotzdem scheint es in den sogenannten grünen Berufen am Nachwuchs zu fehlen.

Geilert: Wo es eine Familientradition gibt, ist das nicht so ein großes Problem, sonst natürlich schon. Am Ende ist das auch eine Frage der Gehälter. Darauf haben wir Landfrauen aber wenig Einfluss. Mehr schon darauf, Kinder für alles rund um die Landwirtschaft zu interessieren. Dafür, wie Lebensmittel produziert werden, welchen Wert sie haben, wie sie verarbeitet werden. Es wurden Botschafterinnen für Agrarprodukte ausgebildet, wir haben ein Gartenkinder-Projekt für die Kitas. In den Schulen bieten Landfrauen Unterrichtseinheiten zur gesunden Ernährung an, über das Projekt aid-Ernährungsführerschein. Die Nachfrage dazu übersteigt die vorhandenen Mittel übrigens deutlich.

Mohring: Da müssen wir helfen. Eine gesunde und bewusste Ernährung trägt entscheidend dazu bei, mancher Zivilisationskrankheit vorzubeugen. Wir wollen die Dorfschulen im ländlichen Raum überhaupt erhalten. Das gilt übrigens auch für Berufsschulen. Wer für die Ausbildung von zu Hause weg muss, der ist dann häufig auch ganz weg.

Da hat die CDU-Fraktion ja jetzt Alarm geschlagen und wirft der Ramelow-Regierung vor, das große Schulsterben im ländlichen Raum einzuleiten.

Mohring: Mit dem neuen Schulgesetz sollen Größenvorgaben kommen, die den kleinen Schulen in Dörfern und kleineren Städten das Leben schwer machen und sie vielfach in ihrer Existenz gefährden werden. Die rot-rot-grüne Alternative lautet schlicht: kooperieren oder schließen. Lehrer sollen aber nicht zwischen Schulstandorten im Land herumfahren, sondern vor ihren Klassen stehen.

Geilert: Für die Landfrauen stehen ganz klar die Frauen und ihre Familien in den Dörfern im Mittelpunkt der Arbeit. Und da muss man keine Hellseherin sein: Sind keine Kitas und keine Schulen im Ort oder wenigstens in der Nähe, fördert das die Verödung der Dörfer. Ein alter Satz ist und bleibt richtig: Kurze Beine – kurze Wege. Noch ein Satz zur beruflichen Bildung. Für uns ist die Ausbildungsberatung in den Landwirtschaftsämtern sehr wichtig, um junge Leute für die Landwirtschaft zu gewinnen. Sie hat sich bewährt. Da sollten keine Veränderungen vorgenommen werden.

Jetzt ist schon zweimal das Wort „Verödung“ gefallen. Ist das nicht ein bisschen übertrieben? Man hat ja nicht das Gefühl, durch Geister-Dörfer zu kommen.

Geilert: Das ist sicherlich etwas überspitzt. Doch auch wenn wir noch nicht über neue Wüstungen reden, sind die Ortskerne, Leerstand und der Wertverfall von Immobilien durchaus ein Thema. Großzügige Neubaugebiete auf der sprichwörtlichen Grünen Wiese darf es nicht mehr geben, wenn in den alten Ortslagen und Ortskernen Häuser saniert oder Lücken bebaut werden können.

Mohring: Die Belebung der Ortskerne hat ganz klar Vorrang. Mit einer Ergänzung: auch in den Randlagen der Dörfer sollen Baulücken genutzt werden können. Für die Kenner des Planungsrechts: Da geht es um den sogenannten ortnahen Außenbereich. Wenn dort schon etliche Häuser mit Bestandsschutz stehen, kann man auch die Lücken bebauen. Siedlungsgeschichte lässt sich nicht einfach zurückdrehen.

Damit all dies nicht Arbeit am schönen Schein bleibt und Menschen dort wirklich Heimat finden, kommt es am Ende dann doch auf das Leben in den Dörfern an.

Geilert: Da treffen Sie den entscheidenden Punkt. Heimat ist unsere Motivation, so verstehe ich die Arbeit der Landfrauen. Jeder liebt seine Heimat. Auf dem Dorf ist das aber noch einmal etwas Besonderes. Die meisten haben ein wenig Landbesitz und Häuser. Das kann man nicht einfach in den Rucksack packen und mitnehmen. Wenn man den Kirchturm wieder sieht, dann sieht man seine Heimat wieder. Lokales Brauchtum, Sprache, Speisen. Das gehört dazu.

Mit dem jährlichen Erntekronenwettbewerb gibt es für die Heimatpflege durch die Landfrauen ja auch ein wunderbares Symbol.

Geilert: Ein Symbol übrigens, das zeigt, wie ausdauernd die Landfrauen sind. Es stecken schon einmal ca. 150 Stunden Arbeit in einem solchen Kunstwerk. Ungezählte Stunden fließen auf dem Land auch in andere Ehrenämter. In die Freiwilligen Feuerwehren, Chöre, Kirchengemeinden, Sportvereine, Kirmesgesellschaften und so weiter. Es geschieht viel, um das auch zu fördern. Doch es geht durchaus noch mehr. So würden wir gern mehr Begegnungsstätten schaffen. Besonders ärgerlich ist dann, wenn sich die Bedingungen fürs Ehrenamt verschlechtern. Dass Vereine zur Kasse gebeten werden, wenn sie Bürgerhäuser oder Sportanlagen nutzen, will ich nicht verstehen.

Verstehen Sie das, Herr Mohring?

Mohring: Die Faustregel muss lauten, alles zu tun, um das Ehrenamt zu unterstützen und möglichst alles zu vermeiden, was es belastet. Davon hat sich die CDU seit mehr als einem Vierteljahrhundert leiten lassen. Die Ehrenamtsstiftung, die Ehrenamtscard, Übungsleiterpauschalen oder die Würdigungen Ehrenamtlicher sind einige Punkte. Eines sollte das Land allerdings nicht tun: in die kommunale Selbstverwaltung einzugreifen. Ich bin davon überzeugt, dass es den Kommunen und dem Ehrenamt gut geht, wenn die örtliche Gemeinschaft möglichst viel selbst regeln kann. Deshalb setzen wir uns für möglichst weite Gestaltungsmöglichkeiten vor Ort ein. Werden die Kommunen finanziell ordentlich ausgestattet, müssen sie auch keine Vereine zur Kasse bitten.

Frau Geilert, jetzt ist Gelegenheit für einen kleinen Werbeblock: Warum sollen Frauen bei den Landfrauen mitmachen?

Geilert: Wir verstehen uns als Motor der sozialen und kulturellen Entwicklung auf dem Land. Auch wenn er mal mehr, mal weniger kräftig läuft. Wir fördern den Zusammenhalt vor Ort und vertreten die Interessen der Frauen und Familien im ländlichen Raum. Und aus der Perspektive der Mitglieder ist der Landfrauenverband ein Netzwerk, in dem Frauen aller Generationen Informationen, Hilfe und Unterstützung für das Leben in den Dörfern und kleineren Städten finden, sich auch austauschen können. Es gibt Bildungs- und Reiseangebote. Und nicht zu vergessen: Feste feiern können und wollen wir auch.

Frau Geilert, Herr Mohring, danke für das Gespräch.

IMPRESSUM

Herausgeber
CDU-Fraktion
im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Chefredaktion & V.i.S.d.P.
Dr. Karl-Eckhard Hahn

Telefon (Fax)
0361 3772-218 (520)

Internet
www.cdu-landtag.de

E-Mail
pressestelle@cdu-landtag.de

Auflage
1,1 Millionen

Fotos
Soweit nicht anders angegeben:
CDU-Fraktion

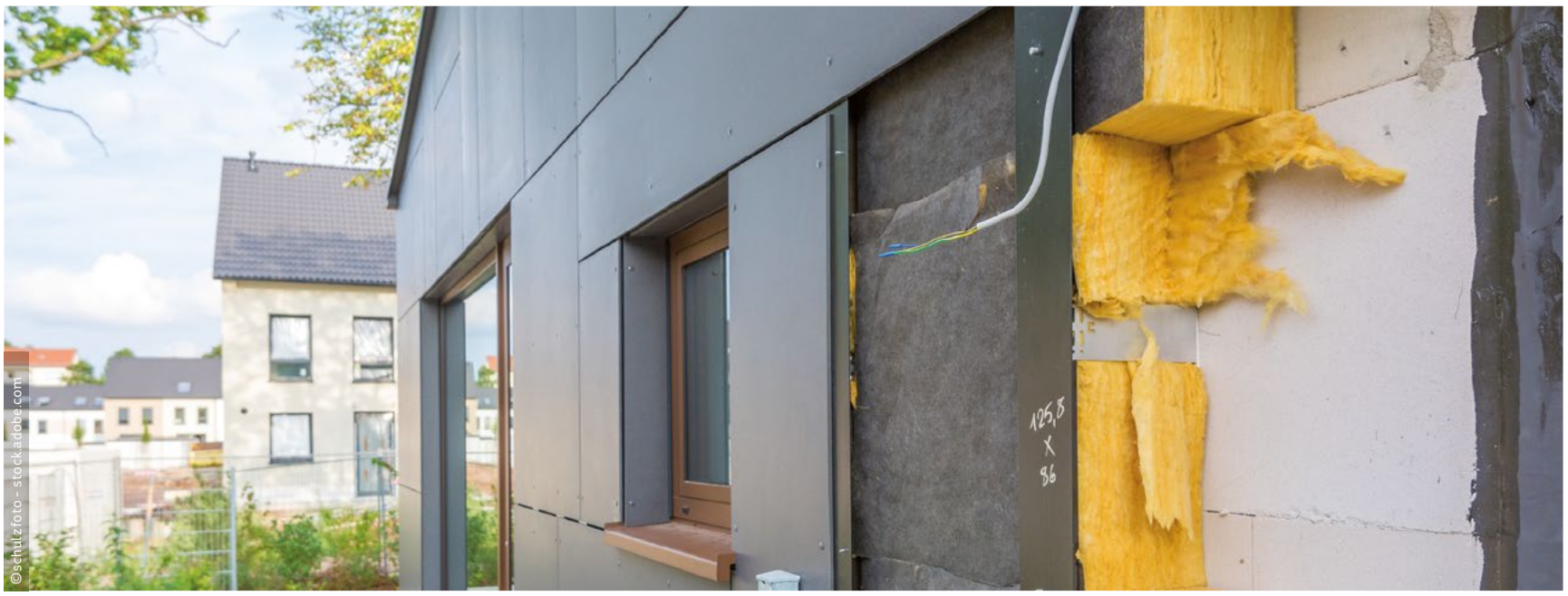
Karikatur
Bernhard Schauer

Text & Fotoauswahl
Dr. Karl-Eckhard Hahn, Felix Voigt, Aniko Lembke, Stefan Karl

Satz & Gestaltung
Leography.com

Druck
Druckzentrum Erfurt GmbH
Gottstedter Landstraße 6
99092 Erfurt

Aus der Fraktion



Geplantes Klimagesetz:
Bauen und Wohnen würde nochmals teurer

Zusatzbelastungen für Eigenheimbesitzer, den gewerblichen Mittelstand, die Wohnungswirtschaft und damit auch für die Mieter. Das ist die fast sichere Folge eines Thüringer Klimagesetzes, das die Regierung Bodo Ramelows in den Landtag eingebracht hat. Bei der Anhörung im zuständigen Umweltausschuss ist es mit Pauken und Trompeten durchgefallen. Der energiepolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Stefan Gruhner, hält das Thüringer Sondergesetz für überflüssig. „Der Bund hat mit seinem Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 und dem nationalen Klimaschutzplan 2050 längst verbindliche Vorschläge zum Klimaschutz auf den Weg gebracht. Da braucht es keine rot-rot-grünen Extratouren im Freistaat“, so Gruhner.

Thüringer Wohnungs- und Wirtschaftsverbände warnen insbesondere davor, für die Wärmeerzeugung in allen Wohn- und Gewerberäumen eine Quote von 25 Prozent erneuerbarer Energien vorzuschreiben. Der Verband der Wirtschaft Thüringens (vwt) erinnert daran, dass bereits jetzt ein Fünftel der Investitionen Thüringer Unternehmen in Energieeinsparung und Klimaschutzmaßnahmen fließen. „Wird diese rot-rot-grüne Kopfgeburt tatsächlich zum Gesetz, wird Bauen und Wohnen noch einmal teurer und bürokratischer wird es auch“, sagte der Abgeordnete mit Blick auf die vorgesehenen umfangreichen Meldepflichten zu Energiedaten.

Bad Colberg-Heldburg wächst durch Neugliederung auf 2800 Einwohner. Doch Rot-Rot-Grün will 6000 und sieht im Neugliederungsgesetz nur einen „Zwischenschritt“

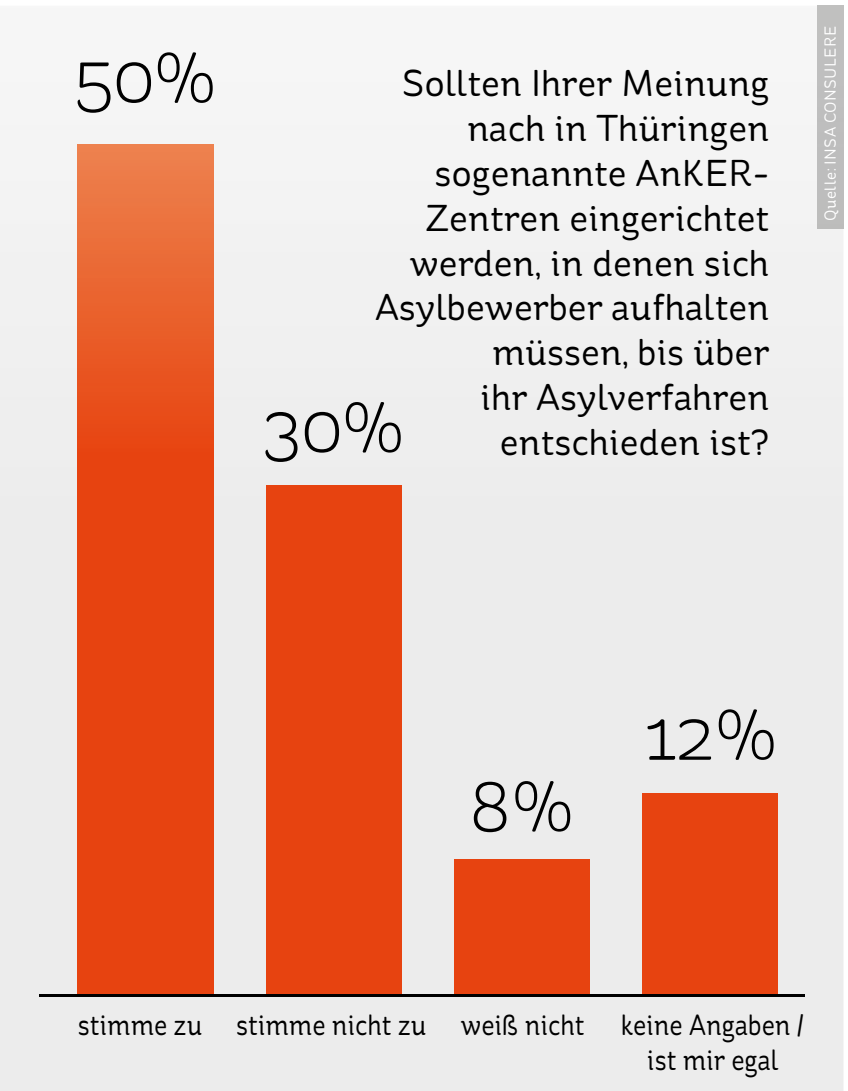
Täuschungsmanöver: Freiwillige
Neugliederungen ohne Bestandsgarantie

Die von Rot-Rot-Grün vorangetriebenen freiwilligen Gemeindeneugliederungen schaffen für viele der beteiligten Kommunen keine Sicherheit. Darauf hat der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Wolfgang Fiedler, hingewiesen. Grund für die Warnung: Die Ramelow-Regierung betrachtet die freiwilligen Neugliederungen lediglich als „Zwischenschritt“ und will in der kommenden Wahlperiode die Gemeindestrukturen notfalls auch durch Zwangsfusionen an ihr Leitbild von 6000 Einwohnern im Jahr 2035 anpassen.

Im Klartext heißt das laut Fiedler, „dass etliche der Gemeinden, die sich jetzt freiwillig zusammentun wollen, nach dem Willen von Rot-Rot-Grün in wenigen Jahren erneut neu gegliedert würden“. Das weist der Innenpolitiker zurück. „Wer sich jetzt neu findet, der muss Vertrauensschutz genießen. Sonst bleibt Freiwilligkeit ein leeres Versprechen, und am Ende regiert der übliche linke Zwang“, so der Abgeordnete wörtlich.

Die Lösung liegt für ihn auf der Hand: „Wenn nach den Maßstäben des Leitbilds zu wenig Neugliederungen möglich sind, muss das Leitbild geändert werden. Die Größenvorgaben passen ganz offensichtlich nicht zur kleinteiligen Thüringer Siedlungsstruktur. Die Kommunen brauchen Verlässlichkeit“, sagte Fiedler. Wie er hinzufügte, wird die CDU auch in der kommenden Wahlperiode auf freiwillige Neugliederungen setzen.

Aus der Fraktion



Großer Rückhalt für AnKER-Zentren in Thüringen

Für die Einrichtung sogenannter AnKER-Zentren gibt es in Thüringen deutliche Unterstützung. Das ergab eine Umfrage des Erfurter Meinungsforschungsinstituts INSA im Auftrag der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag Ende Mai, Anfang Juni. Die Abkürzung AnKER steht für zentrale „Aufnahme-, Entscheidungs- und Rückführungseinrichtungen", in denen Asylanträge künftig abschließend entschieden werden sollen. Genau die Hälfte (50 Prozent) der mehr als 1000 Befragten waren der Meinung, dass ein solches Zentrum auch in Thüringen errichtet werden könne. Nicht einmal jeder Dritte (30 Prozent) sprach sich dagegen aus. Die AnKER-Zentren sind ein Vorhaben der Bundesregierung. Ziel ist, Asylverfahren in höchstens 18 Monaten abzuschließen - die Entscheidung über mögliche Klagen gegen einen ablehnenden Asylbescheid eingeschlossen. Auf die Kommunen sollen nur noch Asylbewerber verteilt werden, die bleiben können. Abgelehnte Antragsteller sollen direkt aus den Zentren zurückgeführt werden. Nach wiederholten Vorkommnissen mit gewalttätigen und integrationsunwilligen Migranten in Apolda und anderen Städten hatte sich die CDU-Fraktion dafür ausgesprochen, keine Asylbewerber mehr auf Kommunen zu verteilen, deren Asylverfahren nicht mit einer Aufenthaltsgestattung abgeschlossen worden ist.
Eine deutliche Mehrheit derer, die sich grundsätzlich ein AnKER-Zentrum in Thüringen vorstellen können, ist sogar bereit, ein solches Zentrum in ihrem Wohnumfeld zu akzeptieren, nämlich 59 Prozent. Dabei gehören Migration und Integration für die Thüringer zu den besonders wichtigen landespolitischen Themen. Fast gleichauf mit der Bildungspolitik nimmt es in der Prioritätenskala der Bürger einen vorderen Platz ein. Die Erwartungen sind dabei eindeutig. Knapp zwei Drittel der Deutschen waren Mitte Juni nach einer anderen Umfrage von INSA generell oder eher für geschlossene Grenzen und gegen das Bleiberecht.

Jahresempfang - Österreichs Kanzler kommt:

Ein Europa, das schützt

©Dominik Butzmann

Die gemeinsame Sicherung der EU-Außengrenzen, ein vereinheitlichtes europäisches Asylsystem und der Kampf gegen die illegale Migration: Aus Sicht der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag birgt die am 1. Juli beginnende EU-Ratspräsidentschaft Österreichs die große Chance, bei der Bewältigung dieser zentralen Herausforderungen entscheidend voranzukommen. Österreichs Bundeskanzler Sebastian Kurz (im Bild) hat sich für seine Zeit als EU-Ratspräsident vorgenommen, verloren gegangenes Vertrauen der Bürger in die EU und der Mitgliedstaaten untereinander wieder herzustellen. Seine Ideen von und für Europa wird Kurz beim Jahresempfang der CDU-Landtagsfraktion am 23. August auf der Erfurter Messe vorstellen.
Auch auf der auswärtigen Fraktionsklausur der Landtags-CDU Anfang Juni in Krakau (rechts oben im Bild: der Marktplatz) bildeten Fragen zur Zukunft Europas einen Schwerpunkt. Im Gespräch mit dem Marschall der Thüringischen Partnerregion Kleinpolen, Jacek Krupa (Bild unten), machte sich der CDU-Fraktionsvorsitzende Mike Mohring für gemeinsame Anstrengungen zur Wiederbelebung des Weimarer Dreiecks auf nationaler Ebene stark. „Die Europäischen Partner müssen wieder zueinanderfinden, damit Europa ein gemeinsamer Raum der Freiheit, des Friedens, der Sicherheit und des Wohlstands bleibt", erklärte Mohring bei dem Treffen in Krakau.

Das haben wir vor Ort erreicht

Christian Tischner

Wahlkreisbüro
Poststraße 2
07973 Greiz
www.christian-tischner.de

Als einen sehr großen Erfolg betrachte ich den Erhalt des Kreissitzes für meine Heimatstadt Greiz. In der Bürgerinitiative habe ich mich maßgeblich für dieses Ziel engagiert und dazu beigetragen, dass weit über 7000 Menschen dafür unterschrieben haben. Intensiv setze ich mich auch für Vereine, Kirchen und Schulen in meinem Wahlkreis ein und helfe z.B. bei der Beschaffung von Finanzmitteln. Auch konnte ich dazu beitragen, den Hochwasserschutz im Elstertal auf einen guten Weg zu bringen.
Als Bildungspolitiker kämpfe ich im Landtag für den Erhalt wohnortnaher Schulen und gegen die von Rot-Rot-Grün geplante maßlose Ausdünnung des Schulnetzes. Als mittelfristige Herausforderung sehe ich unter anderem meinen Einsatz für die Anbindung des Elstertalradwegs an den sächsischen Raum durch das Göltzschtal. Das wäre eine riesige Aufwertung für unsere Heimat.

Maik Kowalleck

Wahlkreisbüro
Obere Straße 17
07318 Saalfeld
www.maik-kowalleck.de

Als Familienvater liegen mir insbesondere die Themen Kindergarten und Schule am Herzen. In den vergangenen Jahren konnte ich den Bau und die Sanierung zahlreicher Projekte in diesem Bereich unterstützen. Meine Trinkbrunneninitiative ist in vielen Schulen ein wichtiger Beitrag zur gesunden Lebensweise. Seit mehreren Jahren arbeite ich an einer besseren Erreichbarkeit meiner Heimatregion. Mit der Autobahnanbindung an die A71 konnte ein wichtiges Projekt erfolgreich realisiert werden. Meine Heimatstadt Saalfeld ist seit diesem Jahr „Ort mit Heilstollenkurbetrieb“. Eine Initiative, die ich noch in der vergangenen Legislaturperiode auf den Weg gebracht habe. Mit dem Kurortstatus wird der Gesundheitstourismus in den Saalfelder Feengrotten gefördert. Weiterhin erhält die Stadt jährlich mehrere hunderttausend Euro aus der Thüringer Kurorteförderung.

Herbert Wirkner

Wahlkreisbüro
Sigismundstraße 14
07407 Rudolstadt
www.herbert-wirkner.de

Mein Wahlkreis umfasst die Region von Rudolstadt bis Königsee und hoch bis Katzhütte. Ein Schwerpunkt meiner Arbeit sind Handwerk und Mittelstand sowie die Sorgen des ländlichen Raumes. Hier habe ich mich mit Erfolg für den Breitbandausbau eingesetzt: Bislang vernachlässigte Ortschaften wie Thälendorf, Klein- und Großgölitz werden noch in diesem Jahr angeschlossen. Schon seit Jahren kämpfe ich auch für den Erhalt der heimischen Porzellanindustrie und die Belange des Vereins Porzellanstraße. Die Betriebe brauchen Unterstützung, um dieses bedeutende Kulturgut zu schützen. Gleichzeitig liegt mir viel daran, den Tourismus in der Region voranzutreiben. Ich unterstütze zahlreiche Vereine und Organisationen vor Ort und kämpfe für den Erhalt einzigartiger Museen und Einrichtungen, wie das Glasapparatemuseum Cursdorf oder die Naturstation Schwarzatal.

Kosmetikartikel; Salbe	▼	hochbegabter Mensch	▼	Teil des Bühnenstücks	öffentliche Anhörung (engl.)	Kreuzesinschrift	▼	Ruhepause	irgendjemand	▼	lettische Hauptstadt	student. Organisation (Abk.)	▼	boshaft necken	▼	beständig, gleichbleibend
dt. Komponist (Werner)	▶	▼	3	Bezahlung in freien Berufen	▶				▼		▼	nicht hungrig	▶	▼	9	
▶						Baumrinde		aromatisches Heißgetränk	▶	8						niedersächsischer Hafen
Korbblütler	französischer Weichkäse		Stuhlplatte	Schulabschlussprüfung (Kzw.)	▶	▼		Schluss		rhythmische Körperbewegung		europ. Kultur-TV-Kanal	▶			▼
kleines Lokal (französisch)	▶		▼		10		bayer. Benediktinerabtei	▶		▼	1	▼	Nichtfachmann		ugs. für nein	
▶	5			Staat in Nahost, Persien	▶			2	Abk.: Informationstechnologie		Tagesabschnitt	▶		7	▼	
Babyspeise		großer Behälter für Flüssigkeiten	▶				kleinstes Beiboot auf Schiffen	▶	▼	12			Segelbefehl	▶		11
linker Nebenfluss des Neckars	▶		6	schriftl. festgehaltenes Recht	▶	4					verbinden, zusammenführen	▶				

Lösungswort 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12

Bei unserem Kreuzworträtsel gilt es auch diesmal, ein Lösungswort aus dem Bereich der Landespolitik zu finden. Senden Sie die Lösung per E-Mail oder Post an die Redaktion (Betreff/Stichwort: „Kreuzworträtsel“) und gewinnen Sie ein Präsente-Set bestehend aus zwei Karten für den Jahresempfang der CDU-Fraktion am 23. August 2018 mit dem österreichischen Bundeskanzler Sebastian Kurz auf der Erfurter Messe und einem externen Akku fürs Smartphone (Powerbank). Einsendeschluss ist der 31. Juli 2018. Um an der Verlosung teilzunehmen, geben Sie das Lösungswort, Ihre Anschrift und Ihren vollen Namen, Ihre E-Mail-Adresse **und** Ihre Telefonnummer an.*

E-Mail-Adresse:
quiz@cdu-landtag.de oder

Postadresse:
CDU-Fraktion im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Str. 1 · 99096 Erfurt

Bei unserem Kreuzworträtsel in der April-Ausgabe der DruckSache lautete das Lösungswort „Grundschule“. Zu gewinnen gab es damals einen Diplomat-Füllfederhalter und eine „Powerbank“ fürs Smartphone. Unter den richtigen Antworten als Gewinner gezogen wurde **Bernd D.** aus Leinefelde-Worbis. Herzlichen Glückwunsch!

* Um an der Verlosung teilzunehmen, müssen Sie mindestens 16 Jahre alt sein und den Hauptwohnsitz in Thüringen haben. Die Preise werden direkt nach Einsendeschluss verlost und der Gewinner telefonisch benachrichtigt. Eine Auszahlung des Gewinns ist nicht möglich, der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist gemäß dem Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit b) DSGVO zur Durchführung des Quiz erforderlich. Mit der Teilnahme am Quiz erklärt sich der Teilnehmer einverstanden, dass im Falle eines Gewinns sein Vorname, sein Nachname sowie sein Wohnort in der Drucksache veröffentlicht werden. Daneben verarbeiten wir Ihre Daten, um Sie über das aktuelle politische Geschehen in Thüringen zu informieren. Diesbezüglich verweisen wir Sie auf unser berechtigtes Interesses nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f) DSGVO. Dieses liegt in § 47 Nr. 5 ThürAbgG begründet, wonach Fraktionen die Öffentlichkeit über ihre parlamentarische Arbeit unterrichten. Unsere Abwägung hat ergeben, dass Ihre Interessen bzw. Ihre Grundrechte und Grundfreiheiten unser Interesse nicht überwiegen. Sie haben gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO das Recht, der diesbezüglichen Verarbeitung jederzeit zu wiedersprechen. Im Falle des Widerspruchs werden wir die betroffenen Daten unverzüglich löschen. Unsere Datenschutzerklärung mit weiteren Hinweisen zum Datenschutz finden Sie unter www.cdu-landtag.de/service/datenschutz.